

Gasproms Zukunftsstrategie: Marktbeherrschung und Expansion

Roland Götz

Zu seiner Hauptversammlung am 29. Juni 2007 präsentierte der weltgrößte Gasproduzent und Gasexporteur, der russische Gasprom-Konzern, seine zukünftige Strategie. Sie wird die russische Politik beeinflussen. Gasprom will einerseits seine beherrschende Stellung im Inland weiter ausbauen, andererseits seinen Hauptabsatzmarkt Europa durch neue Pipelines sichern. Voraussetzung dafür ist, dass die Gasförderung auf der Jamal-Halbinsel wie geplant 2011 beginnen kann. Die Strategie Gasproms ist mit der Außenpolitik des Kremls nicht deckungsgleich. Sie orientiert sich an den eigenen Unternehmensinteressen und schließt zum Beispiel Partnerschaften mit europäischen Gasfirmen ein. Diese Kooperation erschwert eine von der EU angestrebte Diversifizierung der europäischen Gasimporte aus dem GUS-Raum.

Die Pressekonferenzen und Interviews, die die Gasprom-Hauptversammlung 2007 begleiteten, hatten einen Höhepunkt mit dem Auftritt des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Alexander Ananenkow, der ein optimistisches Bild vom Potential des Unternehmens zeichnete. Nach seiner Darstellung ist das Volumen der Gasförderung des Konzerns nicht von der Ressourcen-, sondern nur von der Nachfrageseite her begrenzt. Zusammen mit der ebenfalls steigenden Gasförderung der unabhängigen Gasproduzenten und Erdölunternehmen werde Russlands Gaswirtschaft jeden Bedarf befriedigen können. Ananenkows Ausführungen widersprechen der These von der »Gaslücke«, die vom ehemaligen russischen stellvertretenden Energieminis-

ter Vladimir Milov stammt. Dessen vielfach reproduzierte Berechnungen enthalten in der Tat gravierende Mängel und können daher kein unmittelbar drohendes Gasdefizit begründen. Gleichwohl sind Zweifel an Ananenkows Optimismus angebracht. Sie rühren daher, dass die Zukunft der Gasförderung des Unternehmens und ganz Russlands nach 2010 wesentlich vom Tempo der Erschließung der Gasfelder auf der Jamal-Halbinsel und auch des Shtokman-Feldes in der Barentssee abhängen wird.

Russlands Hoffnung – das Gas vom »Ende der Welt«

Der Höhepunkt der Förderung aus den schon seit den achtziger Jahren ausgebeu-

teten westsibirischen Großvorkommen Jamburg, Medveshje und Urengoj ist um das Jahr 2000 überschritten worden. Der Rückgang der Fördermengen konnte zunächst nur durch die Inbetriebnahme des letzten großen westsibirischen Gasfelds Zapoljarnoje ausgeglichen werden. Da sich die Gasförderung in den »alten« Feldern jedoch mit einer jährlichen Rate von 25 Mrd. m³ weiter verringern wird, müssen zur Stabilisierung der Fördermengen im Zeitraum 2007–2011 die noch verbleibenden, tiefergelegenen und mittelgroßen Gasfelder erschlossen werden. Anschließend soll mit der Ausbeutung der riesigen Gasvorkommen auf der nordsibirischen Halbinsel Jamal begonnen werden, die in der Sprache der dort lebenden Nenzen »Ende der Welt« heißt. Starten will man 2011 mit dem Feld Bovanenkovo, 2014 soll das nördlich davon gelegene Feld Charasavej folgen. Für beide zusammen wird mit einem Fördervolumen von rund 150 Mrd. m³ gerechnet. 2013 plant Gasprom zudem die Aufnahme der Förderung im Offshore-Vorkommen »Shtokman« in der Barentssee. Später sollen noch weitere Offshore-Felder im nordsibirischen Küstenbereich hinzukommen.

Entscheidend für die Entwicklung der gesamtrossischen Förderung wird sein, wann die Gasproduktion auf Jamal beginnen kann. Der Zeitplan ist äußerst eng bemessen, da in den vier Jahren von Mitte 2007 bis Mitte 2011 in einem von Sümpfen und Seen bedeckten Gelände Förderanlagen bewegt und installiert sowie Pipelines verlegt werden müssen, wobei das Schmelzen des Permafrostbodens einen zusätzlichen Stabilisierungsaufwand erfordert. Außerdem müssen große Pipelines gebaut werden, die das Gas von Jamal nach Westen transportieren können.

Die hohen Investitionen für die Erschließung der nördlichen Gasregionen sowie für den Neubau von Pipelines sind aus Sicht des Unternehmens jedoch nur gerechtfertigt, wenn der Absatz des dort geförderten Gases auf Jahrzehnte hinaus gesichert ist. Daher ist Gasprom bemüht, das Auftreten

von Konkurrenten auf seinen angestammten Absatzmärkten zu verhindern.

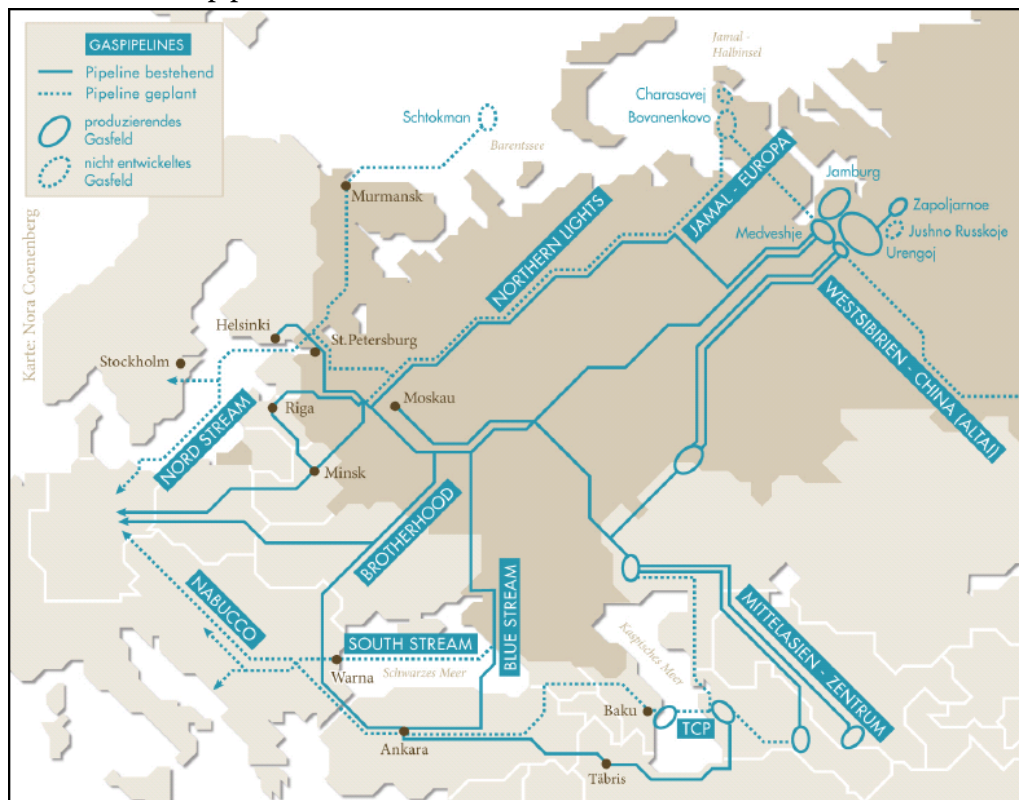
Zentralasien – Retter Gasproms oder Garant für die Gasversorgung Europas?

Neben Kasachstan und Usbekistan hätte vor allem Turkmenistan, das über Reserven und Ressourcen an Erdgas in Höhe von rund 10 Billionen m³ verfügt, das Potential, beim Gasexport zum Rivalen Russlands (Gesamtpotential 130 Bio. m³) zu werden. Die Ukraine hat bereits mehrfach versucht, sich durch Direktbeziehungen mit Turkmenistan aus der russischen Dominanz beim Gasimport zu befreien, was vor allem am Fehlen einer Pipelineverbindung scheiterte, die Russland umgeht. Für die EU wiederum wäre eine vom Kaspischen Raum durch die Türkei nach Europa führende Gaspipeline (»Nabucco«) ein wichtiges diversifizierungsstrategisches Element zur Erhöhung ihrer Versorgungssicherheit. Diese Absichten wurden indes weitgehend durchkreuzt, als es einer von Putin angeführten Gasprom-Delegation im Mai 2007 gelang, mit den zentralasiatischen Regierungen ein langfristiges Abkommen über Erdgaslieferungen und den Ausbau des Pipelinekorridors »Mittelasien-Zentrum« abzuschließen, der nach Russland führt.

Da Usbekistans, Kasachstans und Turkmenistans Gasexportkapazitäten nicht nur von Russland, sondern zukünftig auch von China beansprucht werden, bleiben aus diesen Ländern für Lieferungen Richtung Westen nur geringe Mengen frei. Aserbaidschans Gasexporte werden ebenfalls nicht ausreichen. Daher wäre die geplante »Nabucco«-Pipeline in erheblichem Umfang auf iranisches Gas angewiesen. Der Bau einer größeren Landpipeline durch den Iran in die Türkei kommt aber wegen der UN-Sanktionen bis auf weiteres nicht in Frage. Umgekehrt hat Gasprom bereits angekündigt, seine durch das Schwarze Meer in die Türkei führende »Blue Stream«-Pipeline eventuell vergrößern und nach Westen und/oder nach Süden bis nach

Karte

Gasfelder und Gaspipelines in Westrußland und Zentralasien



© Nora Coenenberg, <www.ncoenenberg.de>.

Israel verlängern zu wollen. Zusätzlich hat Gazprom mit der italienischen ENI noch eine zweite Unterwasserpipeline durch das Schwarze Meer Richtung Westen, die »South Stream«, vereinbart. Sie soll russisches bzw. zentralasiatisches Gas über Bulgarien nach Südosteuropa und eventuell nach Griechenland und Italien transportieren.

Mit seiner Doppelstrategie, das zentralasiatische Gas für den heimischen Markt zu absorbieren und die europäischen Abnehmer aus eigenen Vorkommen zu beliefern, sucht Gazprom einerseits Märkte für sich zu sichern, andererseits den potentiellen Rivalen Turkmenistan und Iran den Weg nach Westen zu verbauen. Gelingt dies, hat die von der EU angestrebte regionale Diversifizierung des Gasimports, soweit sie sich auf die Ressourcen des kaspischen Raums bezieht, nur geringe Realisierungschancen. Auch der Bau der Westsibirien-China-Pipeline (»Altai«) folgt dem beschriebenen Kon-

zept Gazproms: Das Unternehmen versucht dadurch zu verhindern, dass der chinesische Gasmarkt von zentralasiatischen Gasexporteuren dominiert wird. Die geläufige, von russischer Seite unterstützte Interpretation dieses Schritts als »Abwendung von Europa« verkennt dagegen, dass Europa nach wie vor der entscheidende Absatzmarkt für russisches Gas bleiben wird.

Gasprom setzt auf Marktmacht statt auf Wettbewerb

Der parallele Bau der »Nord Stream«, der »South Stream« und der Erweiterung der »Blue Stream« geht weit über den voraussichtlichen Nachfrageanstieg in Europa hinaus. Gazprom verfolgt damit die Absicht, die Verhandlungsmacht der Transitstaaten Belarus, Ukraine und Moldova zu schwächen und das Prinzip der »europäischen« Gaspreisbildung (die Koppelung an

den Ölpreis) auch auf den Binnenmärkten der GUS-Staaten durchzusetzen.

Gasproms Pipelinestrategie steht im Gegensatz zur europäischen Wettbewerbspolitik, die eine eigentumsrechtliche Trennung der Förderungs- von der Transportinfrastruktur favorisiert. Die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes etwa forderte, dass sowohl in der EU als auch in Russland durch ein solches »ownership unbundling« der freie Zugang zu den Pipelinenetzen gewährleistet werden müsse. Wie auch in der EU, wo sich Deutschland und Frankreich dagegen aussprechen, gibt es dafür in Russland allerdings kaum Chancen. Aufgrund der gestiegenen wirtschaftlichen Stärke Gasproms sind dort alle Vorschläge zur Entflechtung des Konzerns vom Tisch.

Die populäre Auffassung, wonach Gasprom als williges Werkzeug einer neo-imperialen Politik des Kremls agiert, dürfte nicht zutreffen. Zwar sind die Kremladministration und die russische Regierung in den Leitungsgremien von Gasprom vertreten, doch heißt dies keineswegs notwendigerweise, dass der Konzern sich Regierungsziele zu eigen macht – vielmehr ist unverkennbar, dass er die Politik immer mehr in seinem Sinne lenkt. Beispiele dafür sind das von der Duma 2006 beschlossene exklusive Exportrecht für Gasprom, die Weigerung der Duma, den von Gasprom abgelehnten Energiechartavertrag zu ratifizieren, die für Putins Image sehr abträgliche staatliche Unterstützung von Gasproms Vorgehen im Preisstreit mit der Ukraine am Jahresanfang 2006 sowie die 2007 deutlich gewordene Instrumentalisierung von russischen Behörden bei den Bemühungen des Unternehmens, Förderlizenzen in Ostsibirien und auf Sachalin zu erwerben.

Europas Ängste und Optionen

Muss Europa Lieferausfälle und Gaspreiserhöhungen fürchten? Gasproms Pipelinestrategie hält zwar Anbieter aus dem Kaspischen Raum vom europäischen Markt fern,

verringert dadurch aber nicht unweigerlich die für Europa zur Verfügung stehende Gasmenge, denn Russlands Importe aus Zentralasien machen russisches Gas für den Export nach Europa frei. Ebenso wenig wird durch Gasproms Verhalten der europäische Gaspreis beeinflusst, solange dieser wie bisher an den Ölpreis gekoppelt ist. Ein anhaltend hoher Ölpreis wird Gasprom derart hohe Einnahmen beschern, dass die erforderlichen Investitionen in Förderanlagen und Pipelines (der Gasprom-Aufsichtsratsvorsitzende Dmitrij Medvedjev nannte für 2007–2030 die Summe von 420 Mrd. US-Dollar oder 18 Mrd. US-Dollar pro Jahr) finanziert werden können. Da der Konzern zur Amortisation seiner beträchtlichen Investitionen auf langfristig stabile Beziehungen zu seinen Abnehmern angewiesen ist, wird er sich hüten, diese durch Belieferungssperren unter Druck zu setzen.

Sollte die EU ihren Diversifizierungswunsch (»Nabucco«) nachdrücklich verfolgen wollen, müsste sie in erster Linie auf die Gasfirmen der eigenen Mitgliedstaaten einwirken, um sie von der Kooperation mit Gasprom abzuhalten. Dass aber etwa die italienische ENI auf das Milliardengeschäft des Baus der »South Stream«-Pipeline verzichtet, um Konkurrenzunternehmen bessere Chancen für den Bau einer anderen Pipeline zu verschaffen, ist nicht zu erwarten.

In der EU durchsetzbar sind nur Maßnahmen, die im gemeinsamen Interesse der Mitgliedstaaten liegen. Dazu gehören die Regelung des grenzüberschreitenden Zugangs zu Gasspeichern und der Bau von Verbindungspipelines (Interkonnektoren) zwischen den Leitungssystemen der EU-Staaten (siehe dazu Oliver Geden, »Energiesolidarität im Reformvertrag«, SWP-Aktuell 34/07). Auch die Entwicklung der industriellen Bio-Synthesegaserzeugung wird Europas Versorgungssicherheit erhöhen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364